

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Ercheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
 Bezugspreis mit monatlich festgelegt.
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Verkaufsstellen für Tagesblätter.
 In Fällen bösserer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anpruch auf Lieferung bzw. Abzahlung des Bezugspreises.
 Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
 Publikations-Organ



für Amts- und
 Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnort 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einzeln, Unklarheiten, Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
 Anzeigenannahme die Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
 Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Nr. 75.

Dienstag, den 24. Juni 1930.

33. Jahrg.

Die Hilfe für die Landwirtschaft

Deutscher Reichstag.

(180. Sitzung.) OB. Berlin, 21. Juni.

Der Reichstag beschäftigte sich am Sonnabend in einer nur etwas über zwei Stunden dauernden Sitzung mit den Anträge der Deutschnationalen, der Christlichsozialen und der Kommunisten. Der Ausschuss hat aus allen diesen Anträgen einen eigenen Antrag gemacht, nach dem auch die sogenannten Fernerörterer von dieser Annette betroffen werden sollen. Von Seiten der Kommunisten war eine allgemeine Annette gefordert worden, von der jedoch die Gemeindegemeinde ausgeschlossen werden sollten. Um diese Frage drehte sich hauptsächlich auch die ganze Debatte. Der Reichstagsminister Dr. Brüel wies unter dem Befehl der Mehrheit des Hauses darauf hin, daß man in erster Linie die Personen erfassen wolle, die lediglich in Verletzung der deutschen Stellung am Rhein behandelt hätten. Mit Rücksicht auf die schwache Leistung des Hauses wollte man, trotzdem die Debatte zu Ende ging, sich heute noch nicht festlegen, zumal auch über die Frage entschieden werden soll, ob das Gesetz verfassungswidrigen Charakter hat. Man will darüber am Dienstag nachmittag zusammen mit den bisher bei den Gattis zurückgestellten Schlußmündungen entscheiden.

Das Döhlische- und Landwirtschaftsprogramm.

Berlin, 23. Juni.

Der Reichstag kam heute im Zeichen des Gattis des Reichsernährungsministeriums. In einer großangelegten Rede legte hierbei der Reichsernährungsminister Schiele die Grundzüge seiner Politik dar, die im wesentlichen darauf gerichtet ist, den Roggenpreis über das Niveau des Futtergetreidepreises hinauszulieben und in höherem Maße als bisher den Roggen als Brotgetreide dem Konsum zuzuführen. Aber er wolle nicht den Landwirtschaftsminister, der heute auf 109 % über, an der Industrie über mit 154 % an, gleichen, vielmehr müsse man durch Senkung des Industriezuges und Senkung des Landwirtschaftszuges den volkswirtschaftlich unumgänglichen Ausgleich schaffen. Dann erläuterte der Minister die Grundzüge des Döhlische-Programms, bei dem es sich nicht um Dotationen oder Subventionen handele, sondern um die wirtschaftliche Förderung der nationalen und wirtschaftlichen Lebensbasis der ganzen Nation. In der Debatte über den Etat polemisierte dann der sozialdemokratische Redner Schmidt-Röbenit in scharfen Ausdrücken gegen die Politik des Ministers, während sich die bürgerlichen Redner für die Politik des Ministers ausprägten.

Sitzungsbericht.

(181. Sitzung.) OB. Berlin, 23. Juni.

Präsident Ebbé teilte zuerst mit, daß Dr. Rothemann von dem Amte des Finanzministers entbunden und der Reichstagsminister mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte betraut ist. Auf der Tagesordnung stand dann die zweite Beratung des

Haushalts des Reichsernährungsministeriums, womit die Beratungen des Döhlische-Gesetzes, des Weingehes und des Milchgesetzes verbunden sind.

Reichsernährungsminister Schiele betonte zunächst, daß angesichts der Lage der ausländischen Landwirtschaft die Rettung für unsere Landwirtschaft nur in der eigenen Aktivität liege. Dem Roggenproblem müsse man, so lange der Roggen zum Futtergetreide begründet ist, von der Futtergetreidebereitung, der Roggen müsse wieder auf die Höhe der Bewertung als Brotgetreide gehoben werden. Anfolge unseres Nahrungsbedarfes an Weizen können wir der Landwirtschaft mit Hilfe der

höheren Anspannung des Vermarktungsprozesses und des erhöhten Schutzzollens einen ausreichenden Reicht liefern. Im kommenden Wirtschaftsjahr werden die Vorräte aus alter Ernte insofern die genügenden Fortgänge der Roggenverfütterung und der Seligierung des menschlichen Roggenverbrauchs nur noch etwa dem normalen Umfang eines Monatsbedarfes entsprechen. Bei einer guten Ernte von 8 1/2 Millionen Tonnen würde die jährliche Unterbreitung von außerhalb Millionen Tonnen Roggen notwendig werden. Der Minister kündigte eine

Propaganda-Aktion zur organischen Umstellung der Betriebe an, verbundenen Roggenanbau an. Zur Verwertung der Ernterente erklärte er, es müsse angedacht des Weizenbedarfes der Preise ein wesentlich erhöhter Zoll für Erbsen eingeführt werden. Eine frühe Organisation der kartellisierenden Betriebe und die

Ordnung der Speziesklassifizierung würden noch rechtzeitig vor der Ernte erfolgen. In der Landwirtschaft seien der Regierung die Hände noch vollständig gebunden, weshalb die Regelung der landwirtschaftlichen Ziele von der Regierung mit Nachdruck und verbindlich betrieben

werde. Der Minister gab dann Einzelheiten über das allgemeine Handelsgesetz bekannt, in dem u. a. die Möglichkeit eines zwingenden Zusammenhangs von Betrieben zur Vorbereitung gewisser landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie einer Ermächtigung für die

Einführung des Lagergeldgesetzes

vorgezogen seien. Des weiteren begrüßte der Minister den Beschluß des Alldeutschen,

die Beratung des Döhlische-Gesetzes

mit der Behandlung des Landwirtschaftsprogramms zu verbinden, da ja im Mittelpunkte der Hilfe für den Osten natürlich die Hilfe für die Landwirtschaft stehe. Es handele sich bei dem Döhlische nicht um Dotationen oder Subventionen, sondern um die Aufrechterhaltung der nationalen und wirtschaftlichen Lebensbasis in der ganzen Nation. Bei der Bedeutung der landwirtschaftlichen Erziehung für den Osten habe sich die Regierung für verpflichtet, endlich dem dringenden Bedürfnis nach einem Siedlungsdauertrieb abzugeben. Dann erläuterte der Minister eingehend die Umfassung und die Betriebsführung. Er wies darauf hin, daß über das Ausmaß der Ernte und der Garantien völliges Einverständnis zwischen Reichsregierung und preussischer Staatsregierung herbeigeführt sei. Wenn der Preussische Landtag einen Beschluß gefaßt habe, in einzelnen Kreisen auch andere Organismen anfordern müssen. Der Minister schloß mit der Erklärung, was sich die Regierung zur

Übernahme der in die Hunderte von Millionen

gehenden Ausgaben

zur Beweissicherung außer Mittel trotz der überaus schwierigen Lage der Reichsfinanzen deshalb bereit gefunden habe, weil sie überzeugt sei, daß es gelinge werde, dem Osten und insbesondere der Landwirtschaft die gesunde Lebensgrundlage wiederzugeben.

Als Schlußwort (20.) forderte eine Verständigung der deutschen Landwirtschaft über die Produktion. Es sei unmöglich, daß sogar im Westen Deutschlands noch Roggen von Landwirten angebaut werde, die auf die hohen Roggenpreise bestanden. Der Roggenbau müsse vorbereitend eingestellt werden. Eine Regierung, die die Rechte der Arbeitlosen verleihe, dürfe nicht Reichsmittel zur Erhöhung der Roggenpreise bewilligen. Die Döhlische beziehe einer eingehenden Ausführenden. Die Sozialdemokratie lehne die Politik für die Verhinderung ab. Sie vermieße auch eine Verringerung des Umfangs der Döhlische.

Die Landtagswahlen in Sachsen

Das amtliche sächsische Wahlergebnis

Großer Gewinn der Nationalsozialisten. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen, die am vergangenen Sonntag stattfanden und ohne größere Zwischenfälle verlaufen sind, verteilten sich die Mandate die folgt, wobei die eingekammerten Zahlen die Mandatszahlen im letzten Landtage angeben:

Sozialdemokraten 32 (33), Deutsche Volkspartei 8 (13), Kommunisten 15 (12), Wirtschaftspartei 10 (11), Nationalsozialisten 5 (8), Landvolk 5 (6), Nationalsozialisten 14 (5), Demokraten 3 (4), Volkspartei 2 (3), Alte Sozialdemokratische Partei 0 (2), Volkssinnliche Reichsvereinigung 2 (0), Kommunistische Opposition 0, Christlichsoziale 2.

Diese Mandatsverteilung ist auf Grund folgender abgegebenen Stimmen vorgenommen worden: Gesamtzahl der gültigen Stimmen 2 611 017 (2 702 183). Sozialdemokraten 871 327 (922 932), Deutsche Volkspartei 227 319 (363 382), Kommunisten 355 562 (345 530), Wirtschaftspartei 376 702 (304 884), Nationalsozialisten 124 300 (218 300), Landvolk 120 497 (140 611), Nationalsozialisten 376 724 (133 958), Demokraten 83 671 (105 289), Volkspartei 44 142 (70 131), Alte Sozialdemokratische Partei 19 197 (39 568), Volkssinnliche Reichsvereinigung 39 153 (-), Kommunistische Opposition 14 827 (22 129), Christlichsoziale 57 408 (-).

Für die Einberufung des neu gewählten Landtages ist noch kein bestimmter Termin bekannt. Erst nach Zusammentritt des neuen Parlamentes werden über die Regierungsbildung Beratungen aufgenommen werden können.

Die Gebietsverluste im Osten seien schmerzhaft zu bedauern, man müsse sich aber endlich damit abfinden. (Schärfte Unruhe und Aufste zucht: Niemand!) Abg. Berg (21.) begrüßt die Senkung des Döhlische-Gesetzes, das endlich eine einheitliche Wirtschaftspolitik ermöglichen solle. Die Döhlische sei eine der vornehmlichen Aufgaben des deutschen Volkes. Das Döhlische wolle hinsichtlich der angeforderten Mittel ganz erhebliche Zahlen an. Seine Partei habe aber das ganze System nicht für tauglich. Wenn man frange Betriebe durch Zuzugewinnung am Leben erhalte, so sei damit nicht der Grund für das Krankenwerden beseitigt. Richter wäre es, zunächst

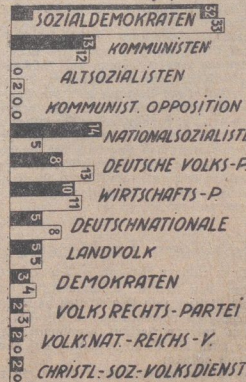
die Beschäftigung der Betriebe zu vermindern. Steuern, die immer wieder gefunden werden müßten, sollte man endlich niederschlagen. Der Plan, zwischen Finanzprogramm und Eheprogramm bei der Verabschiedung eine Verbindung herzustellen, müsse als unmoralisches Unterfangen und als unzulässige Zumutung zurückgewiesen werden. Die fürchtbare Rot der Landwirtschaft dürfe nicht als Druckmittel zur Gewinnung deutschnationaler Stimmen für die Finanzgesetz benutzt werden. Einfließen zurückweisen müsse er auch die Ausführungen des Abg. Schmidt-Röbenit, wonach wir uns mit der blutenden Döhlische abfinden müßten. Abg. Buerstedt-Gömann (21.) dankt der Regierung für ihr tatkräftiges Handeln zugunsten der Landwirtschaft. Selbstpolitische Maßnahmen allein könnten da aber nicht helfen, vielmehr müsse man beim Abschluß von Handelsverträgen bedacht sein, die deutsche Landwirtschaft zu schaden. Sand in Sand mit der Landwirtschaft gehen.

die Selbsthilfe in der Landwirtschaft gehen. Besonders der Weg von Erzeuger zum Verbraucher müsse verkürzt werden.

Abg. Günther (2. Sp.) schließt die anstrengende Arbeit in allen bürgerlichen Familien. Trotz der großen Arbeitslosigkeit leide der bäuerliche Betrieb unter Viehmangel. Die Hoffnung des deutschen Bauern sei es, daß es dem Landwirtschaftsminister Schiele gelingen möge, sein Füllprogramm durchzuführen. Wer dem Kabinett Beratung diese Möglichkeit nehme, verjüngte sich an der Landwirtschaft. Abg. Depp (Chr.-Nat. Sp.) möchte auf

die Folgen der augenblicklich anstehenden Dürre aufmerksam, durch die die Lage der Landwirtschaft noch verschärft werde. Der Redner wandte sich dann gegen den Staatsübertrag mit Polen. Mit einem Erlaube, der sich so unerbittlich übergriffe und Grenzverletzungen erlaube, dürfe man Handelsvertragsverhandlungen überhaupt nicht führen. Die Maßnahme zur Einschränkung des Roggenanbaus werde nur Erfolg haben, wenn der Weizenpreis hoch genug sei. Der Bestimmungenzwang müsse eingeführt und der Vermarktungszwang verlängert werden.

Abg. Lang (2. Sp.) schäuferte die Rolle der bayerischen Bauern. Nur das Genossenschaftswesen habe bisher große Katastrophen verhindert. Sand in Sand mit der Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte müsse eine Ermäßigung der Zinssätze gehen.



Die Gewinne und Verlustrechnung der Landtagsmandate. Die Zahlen geben die Zahlen der Mandate an: f w a r z = Ergebnis der Wahlen vom 22. Juni - w e t h = bisherige Fraktionsstellen auf Grund der Wahlen vom 12. Mai vorigen Jahres.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Bei den sächsischen Landtagswahlen gewannen die Nationalsozialisten neun Mandate, während die Mittelpartei sieben erzielte.
* Das Lustschiff „Graf Zeppelin“ hat von Berlin aus eine Fahrt an die Ostsee unternommen und die Ströme an der Küste und auf Wägen überflogen.
* Im Berliner Fiebermorgenfieberprozess wurde Kapitän Ehrhardt als Junge vernommen.

Was die Sachsenwahlen lehren.

Viel Zweck hat es nicht, mit dem parteipolitischen Redensstoff allerlei Auslegungsmöglichkeiten am Ergebnis der Sachsenwahlen zu veranlassen; denn dafür ist dieses Ergebnis doch ein allzu eindeutiges. Der Redensstoff bzw. der Verhandlungsstoff wird wohl erst in Funktion gesetzt werden, um auf Grund des Wahlausfalles eine altfeindliche Regierung zusammenzubringen, — was einmühsam schwerlich sein dürfte.

Um zunächst einmal von dem Ergebnis selbst zu sprechen, so ist ja dabei keineswegs mehr ersichtlich, daß etwa 25 Prozent der Wähler und Wählerinnen sich von der Stimmabgabe fernhielten. Über das Warum dieser nicht mehr ungewöhnlichen Zeterheerung zu sprechen, dürfte sich aber wohl erörtern, würde viel zu weit führen. Daß Sachsen „erst“ vor Jahresfrist zum Landtag wählte, ist jedenfalls nicht genug, um als Grund für diese Stimmenthaltung zu gelten. Was nun bei dem Resultat aber sofort in die Augen springt, ist das außerordentlich starke Anschwellen der Nationalsozialisten, die ihre Stimmen fast verdreifachen konnten und mit entsprechend vermehrter Mandatszahl in den neuen Landtag einzeln. Um aber gleich auf die andere Seite hinüberzugehen: Die Sozialdemokraten haben etwa ein Stimmeneingebüß — ihre sächsische „Konferenzpartei“, die „Allsozialisten“, bringt es sogar nicht mehr auf ein einziges Mandat —, aber die Kommunisten haben einen, wenn auch kleinen Stimmen- und Mandatszuwachs erhalten. Neu treten in diesem Wahlkampf die Volkssinnationale Reichsvereinigung (Jungdo) und der Christliche Volksdienst — beides Parteien der politischen Mitte — auf und konnten je zwei Mandate erobern. Einige Verluste weist auch die Wirtschaftspartei auf, ebenso das „Sächsische Landvolk“, doch verliert diese Partei wieder über dieselbe Mandatsziffer wie bisher. Dagegen hat die Volkrechtspartei knapp zwei Mandate retten können.

Sehr groß sind nun die Verluste, die die Deutschen und die Deutsche Volkspartei auf ihrem Wahlergebnisfronten verzeichnen müssen, wobei zahlenmäßig der Niedergang der Deutschen Volkspartei der größere ist, verhältnismäßig viel aber die numerisch bisher Schwächeren Deutschen Nationalen eingebüßt haben. Zusammen haben diese beiden Parteien gegenüber dem Ergebnis der vorjährigen Landtagswahl diesmal ungefähr ebensoviel an Stimmen und Mandaten verloren als die Nationalsozialisten gewonnen, während andererseits die sächsischen Gegner dieser Partei, also die Sozialdemokraten und die Kommunisten, zusammen nur einen geringen Stimmenrückgang aufzuweisen. Da also die Demokraten etwa 20 Prozent ihres früheren Wahlergebnisses eingebüßt haben, so ist das eigentlich Charakteristische des Wahlergebnisses eine Verschiebung von der Mitte nach ganz rechts hinüber, wobei auch die sächsischen Deutschen Nationalen ganz außerordentlich stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, ein Stimmenverlust von 45 Prozent erlitten. Man hatte vorher zwar mit einer solchen nach den beiden äußersten politischen Fraktionen hin und dann auch nicht mit einer — derartig drastischen, die selbst über die hochgepriesenen Hoffnungen der Nationalsozialisten noch hinausgeht.

In den letzten Tagen war die Spannung über das Ergebnis der Sachsenwahlen in politisch maßgebenden Kreisen so gelassen, daß sie ihre Schatten selbst über die Wahlzeit erlitten. Man hatte vorher zwar mit einer solchen nach den beiden äußersten politischen Fraktionen hin und dann auch nicht mit einer — derartig drastischen, die selbst über die hochgepriesenen Hoffnungen der Nationalsozialisten noch hinausgeht. In den letzten Tagen war die Spannung über das Ergebnis der Sachsenwahlen in politisch maßgebenden Kreisen so gelassen, daß sie ihre Schatten selbst über die Wahlzeit erlitten. Man hatte vorher zwar mit einer solchen nach den beiden äußersten politischen Fraktionen hin und dann auch nicht mit einer — derartig drastischen, die selbst über die hochgepriesenen Hoffnungen der Nationalsozialisten noch hinausgeht.

Die sächsischen Landtagswahlen.

Im allgemeinen ruhiger Verlauf. — Der erste Ehrhardt, der denen die Politik zum Einfrieren gekommen war, haben die sächsischen Landtagswahlen offenbar im allgemeinen einen ruhigen Verlauf genommen. Trotz der großen Hitze wird die Wahlbeteiligung auf durchschnittlich 75 Prozent geschätzt.

Die vorläufigen Wahlergebnisse lassen ein deutliches Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen erkennen.

Zentrumsfraktion hinter Brünning.

Sitzung der Zentrumsfraktion.
Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm am Freitagabend einen Bericht des Reichsfinanzministers Dr. Brüning über die politische Lage entgegen. Der Reichsfinanzminister beschäftigte sich in seinen Ausführungen in der Hauptsache mit den Gründen, die die Regierung zur Einbringung ihrer Deckungsborlage veranlaßt haben. Er ließ keinen Zweifel daran, daß die Regierung zwar in der Form mit sich reden lasse, daß sie aber in der Sache unbedingt auf ihrem Standpunkt beharren werde. Der Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion stellte fest, daß die Zentrumsfraktion geschlossen hinter dem Reichsfinanzminister Brüning und der Reichsregierung stehe.

Höfner-Mischoff wird ablehnen.

Der Preussische Finanzminister Höfner-Mischoff erklärte auf einer öffentlichen Versammlung der Demokratischen Partei, er werde dem Wunsch des Reichsfinanzministers entsprechend seine Vortragsreihe abbrechen und nach Berlin zurückkehren. Er könne indessen schon jetzt versichern, daß er nicht daran denke, das Amt des Reichsfinanzministers anzunehmen, da er glaube, in diesem Kabinett keine fruchtbarere Arbeit leisten zu können.

Die Reichsreform.

Vorbereitungsarbeiten.
Die Unterfraktion der Verfassungsausschüsse der Länderkonferenz für die Reichsreform beschäftigte sich mit der Frage der unmittelbaren Reichsverwaltung in den Ländern und der Organisation der Auftragsverwaltung zwischen Reich und Ländern. Der Untergruppenführer für Zuständigkeit und Organisation der Länder hat die Vorschläge des sogenannten Gemeindeführersreferats, Begutachter: Ministerialdirektor Dr. Bredt, Ministerialdirektor Reichssekretär, Staatspräsident Dr. Holz und Bürgermeister Dr. Beierlein, mit unbestimmten Veränderungen dem am Samstag unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Brüning tagenden tagenden Verfassungsausschusses empfohlen.

Ein Zwischenfall in Genf.

Der deutsche Arbeitszeitvorschlag angenommen.
Auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf kam es im Ausschuss für das Arbeitszeitabkommen im Zeitlohnvergleich zu einer Abstimmung über den deutschen Vorschlag, die Arbeitsdauer auf 7 1/2 Stunden festzusetzen und innerhalb von 3 Jahren neue Verhandlungen über die weitere Herabsetzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau einzuleiten. Die Arbeitgeber erhoben Einwände gegen die Wiederaufnahme einer Frage, die bereits abgeschlossen worden sei und verließen Genf. Die Konferenz wurde durch die deutsche Delegation geschlossen.

Ausgabe des deutschen Zollaffektanten befristet die amtlichen Feststellungen.

Von zukünftiger Stelle wird zu dem Grenzzwischenfall bei Prosten mitgeteilt.
Aus Anlaß des durch die Presse bereits gemeldeten Grenzzwischenfalls bei Prosten im Kreise Lud hat am Freitag ein Lokaleminut stattgefunden, an dem der Landrat des Kreises Lud und der polnische Starost Gradowe teilnahmen. Nach deutscher Auffassung betrafen die Verhandlungen in vollem Umfang die Minderheit der amtlichen Feststellungen, wie sie durch den Oberstaatsanwalt in Prosten der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurden. Bei der heute vorgenommenen Verhandlung sind die erzielten polnischen Grenzbeamten Klagen vor der polnischen Bezirksregierung zugehen. Er erklärte sich mit dem vorläufigen Gutachten der deutschen Ärzte einverstanden.

Unfreiwilliger Zeppelinstart.

Kapitän Lehmann muß mit der Bahn fahren.
Auch Hamburg stand im Zeichen des Empfanges des „Graf Zeppelin“. Schon in den Morgenstunden setzte die Wanderung von Zehntausenden nach dem Flugplatz ein. Das Lustschiff führte zunächst eine Schleife über der Stadt aus. Gegen 16 Uhr ergriff das Lustschiff wieder über dem Flugplatz und schritt unter dem Jubel einer unübersehbar Menschenmenge zur Landung. Als das Lustschiff eine halbe Stunde auf dem Flugplatz gehalten hatte, erregte sich plötzlich ein unerwarteter Zwischenfall. Durch die Stürme blies das Lustschiff einen großen Auftrieb bekommen. Das hintere Ende des Lustschiffes fiel überaus rasch senkrecht in die Luft, so daß die Gaste mannschaften die an der Spitze des Lustschiffes befindlichen Gurte loslassen mußten und das Lustschiff auf diese Weise gänzlich unsteuerbar wurde. Kapitän Lehmann mußte diesen unfreiwilligen Start außerhalb seines Lustschiffes ansehen.

Gegen 18 Uhr ging ein Knall aus dem Nord, ein, das es infolge Mangels an Platz nicht möglich sei, eine nachmalige Landung vorzunehmen. Kapitän Lehmann war gezwungen, die Rückfahrt nach Berlin mit der Bahn anzutreten. Auch die 45 Passagiere, die sich zur Fahrt nach Berlin gemeldet hatten, mußten ihre Fahrkarten zurückgeben.

Wieder in Staaken.

Das Lustschiff „Graf Zeppelin“ ergriff auf der Rückfahrt von der Fahrt nach Hamburg und der Ostsee um 8.10 Uhr ebenfalls aus nordwestlicher Richtung kommend wieder über dem Flugplatz Staaken und zog über demselben einige Schleifen. Um 9.05 Uhr wurde das Lustschiff am Antermaß festgemacht.

„Graf Zeppelin“ an der Ostsee.

Dr. Cöener an der Welttraffikferenzen.
Das Lustschiff „Graf Zeppelin“, das auf seiner großen Deutschlandfahrt am Sonntag nach Berlin kam, in Staaken am Antermaß festgemacht, von dort nach kurzen Aufenthalt nach Hamburg zog und am Abend des Sonntags von neuem in Staaken vor Anker ging, ist Montag früh nach einer Hundstunde über Berlin zu einer Fahrt nach den Ostseeabern

aufgekliegen. An Bord des Lustschiffes befinden sich 47 Passagiere unter ihnen Reichsgruppenführer Reichsminister von Karstedt, Stadtratspräsidenten und fünf führende Herren der Welttraffikferenzen.

Nach der Landung vom ersten Flug über Berlin hatte das Lustschiff nicht erst am Antermaß festgemacht, sondern lag ganz in der Nähe des Kleinluftschiffes und nahm dort den Passagierwechsel vor. Kurz vor diesem hob sich das Lustschiff übertrieben bedenklich in die Höhe, und man mußte bedeutende Verstärkung heranziehen, um das Lustschiff an Yoden zu halten. Dr. Cöener an der Welttraffikferenzen teilnehmend, bleibt er während der ganzen Fahrt, die von Berlin aus unternommen werden, in Berlin.

Das Lustschiff fuhr zunächst nach Stettin, besuchte dann die Bäder an der Ostsee und ergriff schließlich über Rügen, von der Bevölkerung und den Badegästen überall freundlich begrüßt. Im Hafen von Swinemünde liegen die Schiffe die Ströme ertönen. Für Dienstag ist eine Ankerfahrt des „Graf Zeppelin“ vorgesehen. Das Lustschiff will sämtliche größeren schlesischen Städte anfahren und auch Ober-schlesien besuchen.

Die Ziele des deutschen Landvolkes.

Vertreterversammlung des Reichslandvolkes.
Auf der diesjährigen ordentlichen Vertreterversammlung des Reichslandvolkes in Königslutter betonte Reichslandvolkspräsident Hepp, die Entwicklung der agrarischen Weltmärkte gebe zu besonderen Besorgnissen Veranlassung. Darum seien alle Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten der Agrarpolitik zu fordern, um das Unheil von der neuen Krise abzuwenden und für die übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse einen auskömmlichen Preis zu sichern. Zum Kernpunkt jeder Agrarpolitik in Deutschland gehörten der Zoll und eine entsprechende Handelspolitik. Jede Annäherung der Zoll- und handelspolitischen Verträge Deutschlands die volle Freiheit in zoll- und handelspolitischen Fragen zu nehmen jede. Besichtig in innenwirtschaftlicher Maßnahmen sei in besonderen die endliche Verabschiedung eines Preisgesetzes zu verlangen.

In dem in Verbindung mit dem Verabstimmungszwang ein verlässliches Abgabensystem garantiert werde. Weiter seien die Verlängerung des Verabstimmungsgesetzes für Zinlandsweizen und die beschleunigte Verabschiedung des Reichsmineralölgesetzes und die Erhebung des Weingeistes bringend erforderlich. Die Unrentabilität der Landwirtschaft müsse daneben von der kreditpolitischen Seite angepaßt werden. Hier müsse vor allem der Weg der Umwandlung unter Einwirkung der Umwandlungsbank weiterbefördert werden. Die Erhebung des Weingeistes bringend erforderlich. Die Unrentabilität der Landwirtschaft müsse daneben von der kreditpolitischen Seite angepaßt werden. Hier müsse vor allem der Weg der Umwandlung unter Einwirkung der Umwandlungsbank weiterbefördert werden.

Evangelischer Volksstag in Augsburg.

Augsburgs Geschichte in einem historischen Festzug.
Der Evangelische Volksstag, der anfänglich der Vierhundertjahrfeier der Augsburger Konfession in Augsburg veranlaßt wurde, brachte der Feststadt einen ungeheuren Zustrom von Gästen aus Bayern, dem Reich und dem Auslande. Die Festgottesdienste, die in allen protestantischen Kirchen sowie in Sälen und im freien veranlaßt wurden, und in denen die hervorragendsten Kanzelredner des In- und Auslandes predigten, hatten einen gewaltigen Zuspruch. Den Höhepunkt des Tages bildete

der große historische Festzug.

der sich durch die Straßen der Altstadt bewegte. Der Zug, der aus 27 Gruppen bestand und von 1500 Personen gebildet wurde, bot ein materielles Bild von Augsburgs glorreicher Vergangenheit und stellte Szenen aus der Reformationszeit dar, die der historischen Überlieferung getreu nachgebildet waren. Nach dem Festzug fand auf dem Maximiliansplatz eine große evangelische Kundgebung unter dem Motto: „Gottes Wort bleibe in Ewigkeit“ statt.

Politische Hühnerphantasien.

Sächsische Seite gegen Ditt von Habsburg.
Die sächsische Zeitung „Frau und Mann“ bringt eine abenteuerlich klingende Mitteilung über die angeblich unmittelbare bevorstehende Erbenfolge Dittos von Habsburg in Ungarn, in der es u. a. heißt: Der Versuch der Einsetzung Dittos soll unter vollkommener Zustimmung Statians, Deutschlands und Englands stattfinden, mit denen die ungarischen offiziellen Kreise verhandelt hätten. Die kleine Orient und Frankreich sollten vor der fertigen Tatsache gestellt werden. Dito werde in Ungarn mit einer Studienabteilung belgischer Studenten einreisen. Vor seinem Einzug würden nach Ungarn erpöckelnde 25 000 italienische Offiziere und Mannschaften in zivilen Zügen gebracht werden. Die Offiziere würden als Touristen kommen und in

Schulen und Katernen untergebracht werden. Die Mannschaf werde unter dem Vorwand von Feldarbeiten auf die Großgrundbesitzer verteilt werden. Am Tage der Invasion dieses Land soll das ganze Land von eigenen und italienischen Militärs besetzt werden, um jede Gegenaktion zu vereiteln. Der Aufmarsch der italienischen Armeen soll auf strategischen Straßen in Südtirol und Kärnten erfolgen. Im Herbst soll das Werk gekrönt werden. Auch mit seinem Willingen rechnet man. Dann wird Italien durch Mussolini alles daransetzen, um eine Revision der Friedensverträge durchzuführen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die weltumfassende Wirtschaftskrise.

In Leipzig wurde von Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich der erste Weltkongress eröffnet, auf dem 22 Staaten, darunter fast alle europäischen Länder, Amerika, Chile und Argentinien vertreten sind. Der Minister wies darauf hin, daß die Sorgen der Völker vielfach eine überraschende Ähnlichkeit hätten. Die Wirtschaftskrise gehe von der Erde und man erkenne daraus, daß die Probleme der Volkswirtschaft nicht mehr ausschließlich im Rahmen der nationalen Wirtschaft eines Staates zu sehen sind, sondern in die Weltwirtschaft führen.

Vorbereitung auf Krisenmittel.

Die Bezugsgruppe Industriegebiet des Deutschen Metallarbeiterverbandes befaßt sich in einer von etwa 1500 Funktionären besetzten Versammlung in Essen mit der durch den Oynhauser Schiedspruch geschaffenen Lage. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: Lohnüberhebungen seien kein geeignetes Mittel zur Behebung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Die Konferenz fordert von der Eisenindustrie mit Rücksicht auf die Senkung der Herstellungskosten durch Wiedergang der Rohstoffpreise eine höhere Erzeugung der Eisenpreise zur Erleichterung des Weltverkehrs auf dem Weltmarkt.

Frankreich

Alle Leutnants.

Der französischen Kammer ist ein Gesetzesvorschlag zugegangen, der darauf hinausgeht, die Altersgrenze für die alten französischen Offiziere wesentlich heraufzusetzen. Die Altersgrenze soll für Leutnants und Hauptleute auf 55 Jahre, für Brigadegenerale auf 57 Jahre, für Obersten auf 61, für Brigadegenerale auf 63 und für Divisionskommandeure und Armeeführer auf 66 Jahre heraufgesetzt werden. Für die jüngeren Generale, die Mitglieder des Obersten Kriegsrates sind, soll die Altersgrenze sogar auf 68 Jahre heraufgesetzt werden.

Polen

Der Professor Zwischenfals.

Einen amtlichen polnischen Bericht zufolge haben die deutschen Lokalbürokraten bei der Untersuchung des letzten Grenzzwischenfalls bei Proffen es angeblich nicht zulassen wollen, daß der polnische Vorkrieg einer gemeinsamen Durchführung aller jüdischen Vorteile stattgegeben werde. Aus diesem Grund habe die polnische Regierung in einer neuen Note der Reichsregierung den Vorkrieg gemacht, eine partielle deutsch-polnische Kommission einzusetzen zwecks ergänzender Untersuchung und endgültiger Auffklärung des Zwischenfalls.

Nordamerika

Die Kriegsschuldfrage vor dem Kongress.

Senator Shipstead aus Minnesota hat im amerikanischen Kongress eine Vorlage eingebracht, in der er die Einberufung einer neutralen Kommission fordert, um den Artikel 231 des Versailler Friedensvertrages über Deutschlands Mitschuld am Weltkrieg zu widerlegen.

Aus In- und Ausland

Weimar. We verlässt, sind gegen die verantwortlichen Schriftleiter mehrerer Berliner Zeitungen Strafverfahren wegen Verleumdung des künftigen Ministers Dr. Feil erlitten worden. Die Eröffnung von Strafverfahren soll bereits beantragt sein.

Saadbrüden. Die Arbeiterentlassungen in der laarländischen Eisenindustrie nehmen immer mehr zu. Das Eisenwerk St. August hat 150 Arbeiter unter Weiterzahlung des Lohnes für 14 Tage entlassen. Auch in der St. Auguster Glasindustrie wurden weitere Betriebsbeschränkungen vorgenommen.

London. Eine Versammlung der indischen Handelsvereinigungen in Bombay hat den Vorschlag der ausländischen Wechselbanken sowie die Abhaltung eines Transaktionsbeschlusses.

Zwei Großfeuer in Ostpreußen.

Schweres Brandunglück in Posen. In Neustadt im Landkreis Miesitz brach ein Feuer aus, das sich durch den starken Wind zu einem Großfeuer ausbreitete. 19 Geschäfte brannten vollständig nieder, 25 Familien mit insgesamt 131 Köpfen wurden obdachlos. Drei Personen wurden mit Brandwunden ins Krankenhaus eingeliefert.

In dem am Gefährliche gelegenen Dorf Schmalgenbort (Kr. Mohrungen) entzündete ein Feuer, das, von der Dürre begünstigt, mit großer Schnelligkeit sich über und etwa 26 Gebäude einäscherte, darunter acht Wohnhäuser.

In der Mißlingenstraße in Posen brach ein Dachstuhlbrand aus, der auf die benachbarten Häuser übergriff und drei Dachstühle vernichtete. Zwei Kinder, die in einem Dachzimmer eingeschlossen waren, kamen in den Flammen um. Ein Polizeibeamter und die Hausbesitzerin, die einen Rettungsversuch unternahm, erlitten schwere Verletzungen und mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

Bestellungen auf die Annaburger Zeitung werden jederzeit entgegengenommen.

Deutsche Feuerwehren helfen.

Mienbrand in einem polnischen Grenzort.

In dem polnischen Grenzstädtchen Janow bei Reidenburg entzündete durch die Fahrlässigkeit einer alten Frau, die glühende Asche ausgegossen hatte, ein Feuer, das sich in kurzer Zeit zu einem Mienbrande ausbreitete. Fast die Hälfte des an 4000 Einwohner reichenden Städtchens ist innerhalb von drei Stunden ein Raub der Flammen geworden. Die Ortfeuerwehren und die Flammen der benachbarten polnischen Städte blieben den Vätern gegenüber machtlos, so daß die Feuerwehren aus Reidenburg und anderen in der Nähe gelegenen deutschen Orten zu Hilfe gerufen werden mußten. Den vereinten Bemühungen gelang es dann endlich, dem entseelten Element Einhalt zu gebieten. 24 Wohnhäuser, 61 Scheunen und 17 Ställe sind vollständig niedergebrannt. Jahreliches Kleinvieh ist ums Leben gekommen.

Polizeierteiltes wird erklärt, daß ohne das tatkräftige Eingreifen der deutschen Feuerwehren die ganze Stadt ein Opfer der Flammen geworden wäre.

Kapitän Ehrhardt als Zeuge im Eherwonnensfälscherprozess.

Was der Georgier Karumidze geplant hat.

In dem in Berlin stattfindenden Verurteilungsprozess gegen die Eherwonnensfälscher wurde Kapitän Ehrhardt als Zeuge vernommen. Er erklärte, daß er im Jahre 1926 oder 1927 mit dem Geschäftsmann Karumidze in Verbindung getreten sei und von Karumidzes Hofstadler gehört habe, einen Aufstand in Georgien zu entfachen, die Sowjets aus dem Lande hinauszuwerfen und den Anstoß zum Sturz der Sowjetregierung zu geben. Er wisse nur, daß Karumidze sich um englische und deutsche Unterstützungen zu gewinnen. Als die Pläne, für die sich auch General Soffmann einsetzte, gescheitert seien, wären auch die Pläne Karumidzes scheitern geblieben. Ehrhardt erklärte dann, daß ihm gegenüber nur von der Idee gesprochen worden sei, daß.

Bauentwürfsleistungen ein politisches Kampfmittel

sein könnten, dagegen sei nie die Rede davon gewesen, diese Mittel im vorliegenden Falle anzuwenden. Einmal habe man von ihm 100000 Mark haben wollen, um die Idee vorwärtszutreiben. Er habe aber abgelehnt. Dann gab der Zeuge eine kurze Charakteristik der ihm bekannnten Angelegenheiten. Die Georgier beabsichtigten es als Zeuge, die beschiedene gelebt und fleißig gearbeitet hätten. Als für Deutschland durch die geographische Bewegung erzielte Vorteile nannte Ehrhardt die Verdrängung der kommunistischen Gefahr und wirtschaftliche Vorteile aus Handelsverträgen. Am Schluß der Vernehmung wurde Kapitän Ehrhardt vereidigt.

Berliner Produktendörse.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	28.6.	21.6.	Wochn. 1.9.21.	28.6.	21.6.
Weiß, märk.	300-304	301-306	7,6-8,1	7,6-8,1	7,6-8,1
„pommersch.	172-177	172-177	7,7-8,0	7,7-8,0	7,7-8,0
Bogd., märk.	170-171	171-172	—	—	—
Braugerste	—	—	—	—	—
Ruttergerste	168-184	168-184	—	—	—
Sommergerste	—	—	24,0-29,0	24,0-29,0	24,0-29,0
Wintergerste	—	—	21,0-25,0	21,0-25,0	21,0-25,0
Sofer, märk.	150-161	149-160	18,0-19,0	18,0-19,0	18,0-19,0
„pommersch.	—	—	17,0-18,0	17,0-18,0	17,0-18,0
Weizenmehl	—	—	15,0-17,0	15,0-17,0	15,0-17,0
p. 100 kg fr.	—	—	19,0-21,5	19,0-21,5	19,0-21,5
Bl. fr. infll.	—	—	15,0-17,2	15,0-17,2	15,0-17,2
Sad. (feinst.)	—	—	15,0-17,2	15,0-17,2	15,0-17,2
Mrl. h. Rot.	33,7-41	33,7-41	21,2-23,5	21,2-23,5	21,2-23,5
Roggenmehl	—	—	—	—	—
p. 100 kg fr.	—	—	—	—	—
Berlin fr. infll. Sad.	21,7-24,7	21,5-24,5	11,0-12,0	10,8-11,8	16,0-16,5
			16,0-16,5	16,0-16,5	16,0-16,5
			12,6-13,6	12,4-13,5	—
			12,8-13,2	12,6-13,0	—

50 Jahre Deutsche Turnerschaft

Am 17. Juni feierte die Deutsche Turnerschaft die 70. Wiederkehr ihres Gründungstages als Verband. Von jetzt 70 Jahren zählten fand in Götting vom 16. bis 19. Juni 1880 das erste deutsche Turnfest und der erste deutsche Turntag statt. Am 17. Juni 1880 wurde bei dieser Gelegenheit ein ständiger Ausschuss für die Turnvereine Deutschlands gebildet, aus dem dann die Deutsche Turnerschaft in ihrer heutigen Form als fester Verband bald hervorzuschauen. Schon 20 Jahre vorher, in den 40er Jahren, hatten sich in Süddeutschland und Sachsen die Turnvereine engerer Gebiete zusammengefaßt und in der Entstehung der Turnvereine selbst reichlich in Betrachtung bis zum Jahre 1811 zurück. Von diesen ersten Turnvereinen behielten heute noch die „Damburger Turnerschaft von 1816“ und der „Münster Turnverein von 1817“.

So war damals in Juni des Jahres 1880 der Zusammenschluß der deutschen Turnvereine zur Deutschen Turnerschaft das Ergebnis einer langen organischen Entwicklung, die gewissermaßen symbolisch die politische Einigung Deutschlands vorausnahm, und eine entschlossene Tat, deren Tragweite auf das Werden des einen Deutschlands nur heute Lebenden kaum noch abzusehen können.

Während dieser sieben Jahrzehnte hat die Deutsche Turnerschaft alle Wandlungen im äußeren und inneren Schicksal unseres Volkes, alle Veränderungen in der Einstellung der deutschen Öffentlichkeit zu den Leibesübungen, alle Kräfteveränderungen im Verbandsleben der deutschen Leibesübungen mit ungeborener Kraft und unergründlicher Treue zu ihren letzten Zielen überstanden. Heute mit mehr als 1,6 Millionen Mitgliedern, damals vor 70 Jahren mit gerade 500000, ist die Deutsche Turnerschaft stets mehr als ein Verband für Leibesübungen gewesen: Eine in sich sehr geschlossene Gemeinschaft. Die Arbeit der D. T. fand und findet während dieser 70 Jahre unter dem Leitern der Blige deutschen Volkstums und vaterländischen Gesinnung. Was die Deutsche Turnerschaft in dieser Zeit an gesunden Kräften aus unserem Volkstum in sich aufgenommen hat und in vielfacher Form wieder in die Öffentlichkeit zurückzuführen ließ, ist in seiner Bedeutung für unser Volk

Locales und Provinzielles.

Ermäßigung des staatl. Zuschlages zur vorl. Steuer vom Grundvermögen.

Nachdem die Verordnung vom 30. Mai 1930 zur Aenderung des Grundvermögenssteuergesetzes vom 14. Februar 1928 mit dem 1. Juni 1930 in Kraft getreten ist, war erstmalig am 15. Juni ds. Js. für den Hausbesitz die staatl. Grundvermögenssteuer in doppelter Höhe fällig. Nach § 1 Abs. 2 der Verordnung wird auf Antrag der staatl. Zuschlag zur Grundvermögenssteuer ermäßigt, wenn der Steuerpflichtige (Grundstückseigentümer) seine Grundstücke zu eigenen Wohn- oder gewerblichen Zwecken benutzt. Der nicht zu erhebende Zuschlag beträgt 4 v. H. des Friedensmieters der eigengenutzten Räume. Die Befreiung von dem Zuschlag ist aber z. B. in Annaburg bei Wohnräumen nur bis zur Höhe von 4 v. H. eines Jahresfriedensmieters von 1600 RM. zulässig. Die Anträge sind unter Angabe der jährlichen Friedensmieten für das ganze Grundstück dem Vorsitzenden des Grundvermögensausschusses (Katasteramt) in Torgau einzureichen. Es empfiehlt sich, zur Stellung der Ermäßigungs- bzw. Befreiungsanträge die hierfür vorgegebenen Formulare zu verwenden, die vom Katasteramt Torgau gegen Entgeltung des Selbstlohnpreises abgegeben werden. Durch Benutzung dieser Formulare werden sich zeitaufwendige Nachfragen und unliebsame Verzögerungen bei den zu erwartenden Massen- anträgen vermeiden lassen. Hausbesitzergemeinschaften und die Gemeinden würden zweckmäßig die erforderlichen Antragsvordrucke zur Verteilung an ihre Mitglieder oder zum Katasteramt Torgau insgesamt anfordern. Den bis zum 31. Dezbr. 1930 dem Katasteramt eingereichten Anträgen wird mit Wirkung vom 1. Juni ds. Js. entprochen.

Annaburg, 24. Juni. Nach der hochsommerlichen Bodentemperatur brachte heute morgen zwischen 3 und 4 Uhr ein kurzes Gewitter den heftigsten erwarteten, Feld und Flur erquickenden Regen. Sogleich pendelt uns der Himmel bald mehr des „höllischen Jalles“.

Annaburg. Die Elternbetriebsräte fanden am Sonntag von 8 bis 13 Uhr in der Schule statt. Eingereicht und zugelassen waren diesmal sogar drei Listen und zwar Wahlvorschlag Nr. 1 mit dem Kennwort „Schulfortschritt“, Nr. 2 „Proletarischer Schulkampf gegen Ainderend und Schulreaktion“, Nr. 3 „Christlich unpolitische Liste“. Von rund 650 Wahlberechtigten haben sich knapp 4 v. H. beteiligt, denn es sind nur 285 Stimmen abgegeben worden, waren. Liste Nr. 1 erhielt 58; Liste Nr. 2 erhielt 131 und Liste Nr. 3 erhielt 92 Stimmen.

Annaburg. Vom herrlichen Wetter begünstigt wurde am Sonntag und Montag das Schützenfest in hergebrachter Weise begangen. Das Fest, das wie üblich am Sonnabend mit einem Zapfenstechen und am Sonntag mit Wetts eingeleitet wurde, nahm in allen Teilen einen wohl gelungenen Verlauf. Nach einem Konzert vor der Wohnung des Kommandeurs und des Schützenkönigs ordnete sich am Nachmittag der Festzug am Waldschloß; dann ging es mit flotter Marschmusik nach Abholung des Schützenkönigs hinaus zur Festwiese. Hier angekommen, entbot der Kommandeur alle Festbesucher ein herzlich willkommen, und wünschte dem Feste einen guten Verlauf. Des Weiteren führte der Redner aus, daß der Verein in diesem Jahre kein 40jähriges Bestehen feiern könne; von einer größeren Veranstaltung habe man aber infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage Abstand genommen. Eine entsprechende Feyer werde mit dem nächsten am 14. September dem Gründungstage des Vereins verbunden. Im Anschluß daran gab der Redner noch bekannt, daß er aus gesundheitlichen Rücksichten gezwungen sei, von seinem Posten zurückzutreten, dennoch aber dem Verein die Treue halten werde, dem er auch weiterhin eine gebührende Fortentwicklung wünsche. Nach einer kurzen Pause begann alsdann das Preisstechen, dem die Schützen mit großer Ausdauer ob

gar nicht hoch genug einzuschlagen. Und heute in der Feriensternheit unserer Zeit ist viele Mühe, alle Schichten unseres Volkes verbindend Arbeit der Deutschen Turnerschaft noch mehr von Nutzen dem je. Wir alle haben das Vertrauen, daß die Deutsche Turnerschaft als fester Verband für Leibesübungen der deutschen Volksgemeinschaft immer neue Wege bereiten wird.

Eine Feyer in Berlin.

Die Deutsche Turnerschaft begann am Dienstag in der Deutschen Turnhalle in schlichter Weise den Tag, an dem vor 70 Jahren die deutschen Turner aus dem ganzen Reich zum ersten Male zusammentraten und den Grundstein zum heutigen großen Verbände für Leibesübungen legten. An der Feyer nahmen u. a. Vertreter der Reichs- und preussischen Staatsbehörden sowie der Stadt Berlin teil.

In seiner Gedächtnisrede wies der 1. Vorsitzende der D. T., Staatsminister a. D. Dominicus, darauf hin, daß der Zweck der Gründung der D. T. nicht nur die Leibesübungen allein gewesen seien, sondern auch die Förderung der deutschen Einheit, ein Ziel, das dann auch in verhältnismäßig kurzer Zeit erreicht worden sei. Genüß habe sich in einzelnen ja manches in technischer Betrieb geändert; heute pflege die D. T. alle Arten von Leibesübungen, die von volkstümlicher Bedeutung seien. Die D. T. sei jung geblieben, jung aus infolge, als sie sich bemüht nicht veralten lasse, die Lebertreibungen und Auswüchse mitzumachen, die leider nur zu häufig mit dem Betribe der Leibesübungen verbunden seien.

Zuerstinnen des Reiches Brandenburg der D. T. führten freizeitleben und Volkstänze vor, Lehrgangsteilnehmer der D. T. frühele Spiele und die Berliner Stadtmannschaft ein wohl gelungenes Turnen am Varen. Mit einem dreifachen „Gut Heil“ auf die D. T. und das deutsche Vaterland sang die Feyer aus.

Der Reichspräsident an die Deutsche Turnerschaft. Berlin, 19. Juni. Reichspräsident v. Hindenburg hat der Deutschen Turnerschaft anlässlich ihres 70jährigen Bestehens seinen herzlichsten Glückwunsch ausgesprochen.

lagen. Auf dem Festplatze, wo für Belustigung und Unterhaltung reichlich georgt war, herrschte trotz der „Badofestliche“ ein lebhaftes Treiben, jedoch anzunehmen ist, daß trotz höchster Wirtschaftslage die Geschäftseule doch einigermaßen auf ihre Kosten gekommen sind. Der Montag war dem Königsschießen gewidmet. Große Spannung herrschte in den Abendstunden auf dem Festplatze, als das Signal zum Sammeln ertönte. Nachdem die Schützen angetreten, Fahne und König eingetreten waren, stellte der Kommandeur Kam. Kietzdorf die Kameraden Herren Metzler als 2. und Walter Kunze als 1. Ritter und sich selbst als neuen König vor. Kamerad Quehl sen. beglückwünschte denselben und gab der Erwartung Ausdruck, daß es Kam. Kietzdorf auch weiterhin vergönnt sein möge, sich dem Verein widmen zu können und schloß mit einem Hoch auf den neuen König und die Ritter, deren Einbringung lobann unter den üblichen Ehrungen erfolgte. Heute Dienstag klingt das Fest mit dem üblichen Schlußball für die Kameraden und ihren Angehörigen aus.

* **Annaburg.** (Schlecht gelohnter Samattierdienst.) Auf der Straße nach Meußeln — in der Nähe der Selbstbrücke — wurde am Sonntag in den späten Nachmittagsstunden ein junger Mann neben seinem Motorrad mit Verletzungen im Gesicht bewußtlos aufgefunden. Sanitäter und der telephonisch benachrichtigte Arzt Herr Dr. Springer eilten hilfsbereit nach der Unfallstelle. Wie sich hier herausstellte, hatte der junge Mann auf dem Schützenfeste des „Guten allwiel getan“ und in diesem Zustande die Herrschaft über seinen „Benzinekel“ verloren. In unerschämter Weise lehnte der Mensch ärztliche Hilfeleistung ab, indem er äußerte, daß er keinen Arzt beordern hätte. Um weiteres Unheil zu verhüten, wurde der Mann an der Weiterfahrt gehindert, indem man das Motorrad polizeilich sicherstellte.

Schweinitz, 21. Juni. (Vorwitz mit Zigarettensammeln.) Bei der jetzt wieder herrschenden Trockenheit kann nicht genug gewarnt werden, brennende Zigarren oder Zigarettensammeln achlos fortzusetzen. Am Mittwoch in den Mittagsstunden brannte gleich hinter den sogenannten Scheunen der neue Elterwall und die Flamme griff schnell auf das auf der Wiege liegende Heu des Landwirts Lehmann über. Es mußten Leute herangeholt werden, die das Feuer mit Zweigen auslöschten, übrigens eines der besten Mittel,

um brennende Wiejen vorm Weiterbrennen zu retten. Es mußten auch noch Gräben gezogen werden, damit das noch stehende Heu getretet werden konnte. Es gelang dann auch, das Feuer niederzulämpfen.

Schweinitz. (Bezirks-Kinder treffen.) Der Turnbezirk Falkenberg, dem Herzberg, Annaburg, Jessen, Schweinitz und Schönwalde angeschlossen sind, veranstaltet am Sonntag, dem 29. Juni, ein Bezirkskinder treffen. Die Jüngsten der Vereine werden sich in kleinen Wettkämpfen treffen, die für Knaben und Mädchen besonders ausgeschrieben sind. Im Vordergrund stehen aber die Spiele, die Kampf- und Unterhaltungs spiele, die zur Gewandtheit und zur geistigen Regsamkeit erziehen, dabei die Freude schaffen, die unsere Kinder der Gegenwart notwendig gebrauchen. Volkstänze und Schauvorführungen fehlen nicht.

Waltersdorf, 17. Juni. (Lokaltermin.) In Gegenwart von etwa 30 Zeugen fand am Sonnabend hier ein Lokaltermin der Torgauer Staatsanwaltschaft statt, und zwar wegen der seinerzeitigen Schlägerei im hiesigen Wirtschaftshaus. Die Angeklagten Schmidt, Baber und Büttner hatten gegen das gegen sie ergangene Urteil Berufung eingelegt. Die Zeugenvernehmung scheint sie jedoch von der Ausföhrlosigkeit ihrer Berufung überzeugt zu haben, jedoch sie diese zurückzuziehen. Ob sie nun mit einem Gnadenersuch um Straferlass Glück haben werden, ist zweifelhaft.

Jessen, 21. Juni. (Viehmarkt.) Auf dem heute stattgefundenen Viehmarkt waren 425 Ferkel aufgetrieben. Gezahlt wurden dafür 18 bis 26 Mark pro Stück. Läufer waren nicht vorhanden. Pferde waren 24 Stück auf dem Markt. Während der Schweinemarkt schon um 10 Uhr beendet war, dauerte der Pferdemarkt bis gegen 1 Uhr.

Herzberg, 21. Juni. (Rote Kornblume.) Bei einem Spaziergang vom Reichsbahnhof in die Stadt wurde von einem Kind eine völlig rote Kornblume gefunden. Es handelt sich nicht etwa um eine rote Kornblume oder andere Blume, sondern wirklich um eine rote Kornblume.

Hartmannsdorf, 17. Juni. (Unter dem Verdacht der Blutschande verhaftet.) Auf seiner Arbeitsstelle wurde am Sonnabend der Arbeiter Klein verhaftet, da er im dringenden Verdacht steht, zu seiner 15jährigen Tochter in unzulässigen Beziehungen gefanden zu haben. Das Mädchen soll von dem Vater sogar mit dem Tode bedroht worden sein, falls es über die unzüchtlichen Beziehungen, die nicht

ohne Folgen geblieben sind, dritten gegenüber sich äußere. Der Verhaftete wurde nach dem Wittenberger Amtsgerichtsgefängnis gebracht.

Viehwander. Das Disziplinerverfahren gegen den ehemaligen Landrat des Kreises Liebenwerda, Vogel, ist nun endlich zum Abschluß gekommen. Der Disziplinhof für nicht-richtliche Beamte in Berlin hat Vogel zur Dienstentlassung unter Zubilligung der Pension auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt. Vogel hat demnach in den Jahren 1923—24 in Gemeinschaft mit dem ehemaligen Spartenleiter Direktor Merres ohne Genehmigung der Kreisförperschaften Finanzgeschäfte vorgenommen, die für den Kreis Verluste in Höhe von insgesamt 1,8 Millionen Mark zur Folge hatten. Im strafrechtlichen Verfahren war Vogel seinerzeit zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Disziplinverfahren gegen Merres wird nach dem jetzt der Spruch gegen Vogel gefällt wurde, weitergeführt werden.

Baben, 21. Juni. Hier ertrank beim Baden die 17 Jahre alte Tochter des Gerbermeisters Schütz. Beim Abtransport nach der Leichenhalle ging am Wagen eine Kette los, wobei der die Kette begleitende Totengräber Belästigt vom Wagen stürzte und schwer verletzt wurde. Aus darauf ertrank beim Baden noch der 10 Jahre alte Sohn des Arbeiters Kerken aus Mannwert, nicht weit von der Stelle, wo das Mädchen ertrunken war.

Kirchliche Nachrichten.

Am Mittwoch, den 25. Juni, abends 8 Uhr: Gedenkfeier zur Erinnerung an die Liebergabe der Augsburger Konfession in der Kirche. Vorm. 10 Uhr: Flaggen der Kirchenjahre. Mittags 12 Uhr: Kauten.

Markt-Kalender.

25. Juni: Schweinemarkt in Herzberg.
26. Juni: Kram- und Viehmarkt in Annaburg.

Lampions / Lichte Fackelstöcke

empfehlte in großer Auswahl
Herm. Steinbeiß

Versteigerung.

Im Auftrage der Gemeindekasse wird am 25. Juni ds. Js. um 15 Uhr, im „Goldenen Ring“

1 Schreibsekretär

öffentlich meistbietend gegen gleich bare Bezahlung versteigert werden.

Annaburg, den 24. Juni. 1930.
Der Volkshilfsbeamte. Hentel.

Beeren- u. Pilzzettel für die Oberförsterei Thiergarten.

Ausgabestellen: Gemeindevorstand Annaburg, Magistrat Herzberg, Magistrat Schönwalde, Gemeindevorsteher Holzdorf, Gemeindevorsteher Rahmsdorf, Gemeindevorsteher Cremitz, Gemeindevorsteher in Grassau.

Preis: 1,10 RM. für Waldarbeiter und ihre Angehörigen, soweit sie mit ihnen den Haushalt teilen, Waldarbeiterinnen, schulpflichtige Kinder von 6—14 Jahre, Kinder unter 6 Jahre sind frei, Personen über 60 Jahre, Rentnempänger, im Erwerb beschränkte Kriegsbeschädigte und Ortsarme. 3,30 RM. für alle übrigen Personen.

Wer von einem Forstbeamten ohne Zettel betroffen wird, hat bei ihm sofort einen Zettel mit 50 % Aufschlag zu lösen, andernfalls ist Befragung zu gewärtigen. Für jede sammelnde Person ist ein Zettel zu lösen. Familienzettel gibt es nicht. — Gültigkeit der Zettel bis 30. November 1930.

Alle Farben

Troden-, Del-, Wasserfarben sowie: Lack u. Leinölfirnis, flüssigen und trockenen Siggelstein Berni. Fußbodenfarbe in Büchsen. Alle Farben werden von sachmänn. Hand zurecht gemacht.

Franz März
Markt 19.

Stalldünger

kauft jederzeit zu hohen Preisen; zudem 3 St. pro Fuhre 10.— M.
Baumhühle Naundorf.
Telephon Annaburg 251.

Ersatzmesser für Bleistiftspitzer „Du X“ sind vorrätig.
Herm. Steinbeiß.

Drahtgeflechte für alle Zwecke

Drahtsäme, Zäune und Torwege, Spalier- u. Gehege-Draht, schwarz u. verzinkt, alle Sorten u. Stärken, Drahtstifte und Ketten.

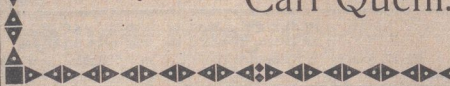
Eintoch-Apparate und Gläser, eiserne u. Kupfer-Kessel, gußeiserne und emaillierte Eimer und Töpfe.

Wilhelm Grahl.

Die Badezeit ist da!

Bade-Anzüge für Damen und Herren
Bade-Hosen in schwarz und rot
Bade-Mäntel
Frottierstoff für Bademäntel
Bade-Tücher in allen Größen
Badehandtücher in allen Preislagen
Bade- und Sturzkappen
Badeschuhe in prachtvollen Farben
Bade-Gürtel

empfehlte **Carl Quehl.**



Rückenfüttertrüge Entenschnattern Geflügel-Tränkeimer Geflügeltränken Futterständer
J. G. Fritzsche.
Notentinte
empfehlte H. Steinbeiß.

Frauen-Verein
Donnerstag abends 8 Uhr bei Dudro.
Königs Kursbuch
für Mitteldeutschland zu haben bei **Herm. Steinbeiß,** Buchhandlung.

Maurer-, Zimmer- und Tischlerarbeiten
Zeichnungen und Kosten-Anschläge kostenlos und unverbindlich. Nur solide Ausführung!
Groß-Eintausch aller Baumstoffe und befestigte Holzvorräte
Erzeugung vom Baumstamm im Walde bis zum Fertigprodukt ermäßigten besonders günstige Preisstellung.
Fordern Sie mein Angebot, es verpflichtet Sie zu nichts!
Wilhelm Kunze.

Nur für Rundfunkhörer
die es noch nicht wissen: Das ausführlichste Rundfunk-Programm der Welt und den weiteren interessanten reich illustrierten Inhalt finden Sie in der ältesten deutschen Funkzeitschrift **Der Deutsche Rundfunk**
Einzelheft 50 Pf., monatlich RM 2.—. Eine Postkarte an den Verlag Berlin N 24 genügt und Sie erhalten kostenlos ein Probeheft

Eintoch-Apparate
Eintochgläser
Jenaer Kinderlinsen
Bade-Thermometer
Sitz- und Liegebade-
Bänne
empfehlte
J. G. Fritzsche.
Fliegenfänger
empfehlte
Herm. Steinbeiß.

Aprikosen-Konfitüren 70 Pfg
Pflaumenmus
50 Pfg., empfehlte
Franz März, Markt 19.
ff. neue
saure Gurken
empfehlte
J. G. Fritzsche.
Schrankpapier,
genüßert, empfehlte
Herm. Steinbeiß.

Sie wünschen Qualitäts-Konservenringe

Das Zeichen dieser Qualität

empfehlte
Rich. Hilpert, Torgauerstr.

In den nächsten Tagen treffen
Briketts
ein; nehme darauf Bestellungen entgegen.
J. G. Fritzsche.

Stenogrammbüchle
Stenographiehefte
Stenogr.-Federn
empfehlte
Herm. Steinbeiß,
Papierhandlung.

Sensen
Sensenbäume
Sensenringe
Wetzsteine
Sicheln
Klopphämmer und Amosse
Holz- und eiserne Rehen, Heu- und Entegabeln sowie Holzstiele für Gabeln und Hacken
empfehlte
J. G. Fritzsche.
Neue Kartoffeln
neue saure Gurken
feinste Matjes-Seringe
empfehlte
Franz März,
Markt 19.
Spielfarten
empfehlte
Herm. Steinbeiß.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Der Stein der Weisen.

Das Unabwendbare. — „Glückliches England.“ Geschichtete Winzler.

Mit einem resignierten, pessimistischen, hoffnungslosen und oft verweifelten Wohlstand quitiert man heututage auf das Wort: Krise. Wofür nun blüht, wovon man spricht — immer fällt sehr bald und nur zu verdientig dieses Wort: Krise. Im Fluß der Ereignisse ist die Krise das einzige Verhängnis. Sie ist Schicksal, Unabwendbares. In Amerika hat man sich, als im Oktober vorangehenden Jahres der erste Weltkrieg erfolgte, mit allen Kräften der darin sich offenbarenden Wirtschaftskrise entgegen gestellt. Hatte doch der Präsident Hoover vor seiner Wahl die „prosperity“, die Wohlstandsluft, sozusagen garantiert und setzte nun alle staatlichen und privatwirtschaftlichen Mittel ein, um das Abwärtsgehen der Konjunktur aufzuhalten. Aber wie eine Sturz- welle sollte auch über diese Generationen die allgemeine Preissteigerung für Rohstoffe und Halbfabrikate hinweg; selbst die Preise konnten trotz gewaltiger Kapital- macht diese Entwicklung nicht aufhalten, kaum abbremsen. Was jetzt als dritter Vorkriegsstand in Newport geschah, war eigentlich nichts anderes als ein Kapitalverlust vor dieser Entwicklung. War das Zugeständnis: Jawohl, wir stehen mitten drin in einer überaus schweren Welt- wirtschaftskrise, in einem Schicksalhaften, Unabwendbaren, dem man seinen natürlichen Ablauf lassen muß, einfach, weil man ihn mit den zur Verfügung stehen- den Mitteln nicht beikommen kann. Die Weltmarktpreise, die noch vor einem Jahre fast durchnur hoch über dem Vorkriegsniveau standen, sind heruntergefallen und stehen ebenso fast durchweg unter der Linie von 1913. In einem einzigen Jahre, seit dem Juni 1929, sind die Preise, je für die in der Gegenwart bedeutend wichtigsten Rohstoffe wie Wolle und Baumwolle, um 30 Prozent heruntergegangen. Aber auch der Zucker und der Kaffee sind auf dem Weltmarkt nicht noch halb soviel wert wie vor einem Jahr. Die Preissturzungen sind so allgemein, daß die Kaufkraft des Geldes fast halbiert geworden, obwohl sich der amerikanische Kupferpreis die eindrucksvollste Wunde ab, den Preis zu halten. Unter das Vorkriegsniveau ist auch auf dem Weltmarkt der Kohlenpreis gesunken.

Das ist ja auch der Grund für die Wirtschaftskrise in England. Dort ist man jetzt so weit, daß die brennenden Probleme der Wirtschaftslage und der Arbeitslosigkeit all und jede parteipolitische Beschäftigung und — Ausnutzung verloren haben. Die konservative Opposition gegen das stabilisierte Macdonald würde morgen vor genau denselben Schwierigkeiten stehen, wenn sie heute zur Regierung käme. Infolge dessen haben sich die Vertreter aller drei Parteien Englands zusammengefunden, um in gemeinsamer Arbeit der Krise zu Leibe zu gehen. Mehr noch: Das Gefühl für die drohende Gefahr, von der Englands Wirtschaft nicht los befreit ist, sondern in der sie schon mitten drin steht, hat auch die Sozialisten in eine gleiche zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer weit in den Hintergrund gerückt und gedrückt, hat beide Seiten zwingen, sich an einem gemeinsamen Verhandlungs- tisch zu versammeln, um ein Programm für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auszuarbeiten. Partei- programme aber spielen gar keine Rolle mehr; die läßt man zu Hause. Gegenüber dem man es, irgendwelche Schindlfragen nichts breitzutreiben. Nur an die Gegenwart denkt man und an die Zukunft. Nur daran, daß aus der jetzigen Krise wieder ein „old merry England“ her- vorgeht, ein „glückliches England“, wie es einst war und wieder werden soll. Und das wollen sie alle, ganz gleichgültig, ob sie „politisch“ zu den Konservativen, den Liberalen oder der Arbeiterpartei gehören. Und alle sind nicht durch den Glauben einknickend geworden, in ihrer Parteizugehörigkeit nun auch das „arcana“, das ge- heimnisvolle Alibiemittel, den „Stein der Weisen“

zu besitzen. Und man setzt bei dem Angehörigen der andern Partei ohne weiteres der Willen voran, auch seinerseits nur an das „Commonwealth of England“, an das „Gemein- weien“ zu denken und nicht an das Wohlergehen einer Partei oder Klasse.

Aber in Deutschland...! Hier ist die Wirtschaftskrise eng verknüpft mit politischen und sozialen Un- erwiderungen, Erdrückungen, Abgründen. Hier spielt eine gewaltige Rolle — im positiven wie im negativen Sinne — z. B. die Erwägung, wie eine künftige Reichstagswahl ausfallen würde. Hier drohen soziale Kämpfe noch mehr Schwierigkeiten in die Wirtschaft hineinzutragen. Aber auch hier würde eine andere Regierung als die jetzige morgen vor den genau gleichen Problemen stehen. Würde auch ihr kaum etwas anderes übrigbleiben, als in irgend- einer Form dem Defizit und der Wirtschaftskrise entgegen- zuarbeiten. An dem Versuch hierzu sind zwei Reichs- finanzminister bereits gescheitert, aber man wird daran erinneren dürfen, daß in Frankreich ein rundes Duzend Finanzminister verbraucht wurde, ehe es gelang, den Staat zu stabilisieren. Vielleicht darf man ein bekanntes englisches Wort umdrehen und sagen: „Messures, not men“, also jetzt: „Auf die Maß- nahmen kommt es an, nicht auf die Mä- ner“, — und am allerwenigsten auf die Parteien. Denn keine von ihnen hat das „arcana“, das alleinige Heil- mittel, um die Krise in den Finanzen und in der Wirtschaft zu überwinden. Was man in Deutschland von ihnen verlangt, ist doch nur, daß sie „guten Willens“ sind und die Partei vergessen, um dem Ganzen zu helfen. Fr. Fr.

Neuordnung der Milchwirtschaft.

Die Bauernvereine für Beschleunigung des Milchgesetzes. Die Vereinigung der deutschen Bauernvereine hat in der Sitzung ihres Ausschusses für milchwirtschaftliche Fragen Stellung zu dem loebten dem Reichstag zugegangenen Milchgesetzentwurf genommen. In einer diesbezüglichen Ent- scheidung heißt es: Die Vereinigung der deutschen Bauern- vereine fordere die baldmöglichste Intraffassung des Milch- gesetzes und erwarte, daß der Reichstag den ihm vorgelegten Milchgesetzentwurf noch vor der Sommerpause ver- schiedene. Die in der Vereinigung der deutschen Milchwirtschaftlichen werden mit jedem Tage unermüdetlicher. Ein Hauptziel sei die mangelhafte Organisation unserer Milchwirtschaft. Aufgabe des Milchgesetzes sei es, der Neu- ordnung der deutschen Milchwirtschaft durch erforderliche innerwirtschaftliche Maßnahmen den Weg zu bereiten.

Italien hebt deutsche Unterseeboote.

In der Nähe von Pola. Eine vor einigen Tagen aus Triest gelommene Nach- richt über die bevorstehende Hebung deutscher U-Boote, die von ihren Besatzungen der Kriegesende in der Bucht von Pola versenkt worden seien, wird vom „Magazino“ von Pola verurteilt worden. Nach der Dar- stellung dieses Blattes sind an den Vorbereitungen auch die italienischen Marinebehörden beteiligt, die von der Ver- senkung der U-Boote Kenntnis hatten. Die Taucher haben dem Blatt zufolge jetzt 25 U-Boote, darunter fünf von 3000 Tonnen seetüchtig, die zum größten Teil unbeschädigt seien. Erstes Aufschwimmen nächster Woche soll mit der Hebung der beiden ersten U-Boote unter Verwendung modernster technischer Hilfsmittel begonnen werden.

Das Weltkräftfest.

In Berlins größtem Saal, dem Sportpalast, fand abends das große Weltkräftfest statt, das größte Fest, das bisher in Berlin veranstaltet worden ist. Der Riesentraum des Sportpalastes hatte eine gründliche Umgestaltung er- fahren. Inmitten des Saales war eine große Parkfläche für Sportvorführungen und Tanz freigeblieben. Um diese Fläche und in den Rängen waren insgesamt 439 Feststafeln

aufgestellt. Nahezu 4000 Personen aus allen Erdteilen erschienen. Man sah u. a. familiäre in Berlin anwesenden Reichsminister, mehrere preussische Minister, zahlreiche Parlamentarier und hervorragende Persönlichkeiten der Wissenschaft, der Industrie und des Handels.

Das größte Ereignis des Festes bildete ein erster Ver- such, eine gleichzeitige radio-telegraphische Verbindung zwischen Berlin und London herzustellen. In San Francisco tagt zur gleichen Zeit der Internationaler Verband der amerikanischen Be- leuchtungsindustrie und die Vorarbeiten der beiden, in verschiedenen Erdteilen tagenden Kongresse tauchten Begrüßungsansprachen aus.

Amerikanische Stunde.

Gegen Preiswucher in der Elektrizitäts- wirtschaft. — Der Grub des Präsidenten Hoover an die Weltkraftkonferenz.

Der Nachmittag des dritten Tages der Weltkraftkonferenz stand im Zeichen der Amerikanischen Stunde. Vorkonferenzpräsident Hoover an, er könne keine andere Industrie, wo der Verkaufspreis ihres Erzeugnisses an die Verbraucherklasse das Maß der tatsächlichen Her- stellungskosten betragt. Er wolle einen Mangel scharf hervorheben, der grundsätzliche Erwägung in den Beratungen fordere. Er nicht das Verhältnis zwischen Her- stellungskosten und Kleinverkaufspreis in der Kraftwirtschaft demjenigen in anderen Industrien gleich gebracht werde könne kaum berechtigt werden die Rede davon sein, daß diese bedeutende Industrie sich nach dem höchsten Grad ihrer Vollendung nähert.

Ein verärgert großer Unterschied zwischen Herstellungskosten und Verkaufspreis biete dem Beteiligten-Genieuer ein weites Studienfeld. Es gebe in America eine stets wachsende öffentliche Meinung, die die staatliche Preis- kontrollierung gegenüber privaten Kraftunternehmungen ver- lange.

Die amerikanische Delegation begrüßte die Zusammen- berufung dieser Konferenz in Deutschland. Es liege eine besondere Anregung darin, hier zusammenzutreten unter der Leitung der wissenschaftlichen Führung, die von jeder in Obhut des öffentlichen Wohls war. Der herliche Em- pfang habe einen freudigen Überflut im Herzen der be- suchenden Delegationen hervorgerufen.

Vorkonferenzpräsident Hoover an die Weltkraftkonferenz, die die Versammlung stehend anführte. Präsident Hoover einleitet der Konferenz seine Grüße und unter- streicht die Bedeutung der Aufgaben der Konferenz.

Die rotgestempelten Tausendmarkscheine vor dem Reichsgericht.

Revisionsverhandlung im Prozess Winter. Vor dem Reichsgericht in Leipzig fand die Revisions- verhandlung im Prozess Winter statt. Der angeklagte Schriftsteller Gustav Winter hat, wie ermittelte, behauptet, er sei in der Lage, auf dem Probevergehe die Aufwertung der rotgestempelten Tausendmarkscheine durch die Reichs- bank zu erzwängen, wenn ihm nur genügend Anhänger folgen wollten. Von diesen Anhängern ließ er sich Wohl- nachwahrheiten versichern, als sie versuchte er seine Trostreden, und ihnen listigere oder schlauerere eine Zeitlang. Er th, do die Strafammer beim Landgericht Leipzig in seiner Behauptung, er könne die Aufwertung erzwängen, eine wissenschaftlich falsche Angabe sah, zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Reichsanzwalt beantragte die Verurteilung der Revision und das Reichs- gericht vernahm sie.



„Wieho?“
„Jochen hab die Schulkern und schweig.“
„Ich kann mir denken,“ sagte Ernst, „dass jeder, dem es irgendwie nicht gut geht, froh sein müsste, wenn er sich aus- sprechen könnte. Aber bitte, wenn du nicht willst! Mir geht es nicht über.“
„Jochen, ich will dich den Säbner hervor.“ „Was ist da groß zu fragen? Was ist es — total aus!“
„Einen Augenblick hielt Ernst den Atem an. Dann legte er seine Hand auf Jochens Rechte.“
„Das soll man nicht sagen, Jochen,“ tröstete er. „Wir wissen nie, ob etwas aus ist. Nicht mal von unserem Leben wissen wir das, wenn sie uns in die Erde scharren. Kann alles noch gut werden.“
„Möchte wissen wie? — Zu Neujahr muß ich fort.“
„Muß? — Wer bestimmt das?“
„Anschütz.“
„Nanu?“ — Anna kam zurück. Ernst rief ihr zu: „Jochen will einen Grog. Sei doch so gut!“ — Und zu Jochen sagte er: „Sprich dir den Grog vom Herzen. Viel- leicht kann ich raten.“
Jochen sah mit geballten Fäusten. Der Unrat hatte er entrinnen wollen. Nun war sie wieder da, hielt ihn fest, rüttelte ihn, ließ ihn nicht wieder los.
„Belaufen mögliche ich nicht,“ sagte er, „damit da oben“ — er zeigte auf die Stilk — „alles durcheinander ginge. Bring endlich den Grog!“
„Gleich, Jochen,“ rief Anna von der Küche her, „einen Augenblick nur.“
Und Ernst sagte: „Du wärst der Erste, Jochen, der be- trunken aus dieser Stube gegangen wär.“ Mein Haus ist

ein Gasthaus, aber kein Saufhaus. — Schlimm muß es schon mit dir stehen, daß du keinen Bestand beneheln willst. Man sieht ein großes Unglück beifern mit klaren Augen an, dann kann man ihn auch begegnen.“
„Anna brachte den Grog und setzte sich an den Tisch.“
„Grog trinkt kann man,“ antwortete er. „Anschütz will die Martha zu ihrer tante Bertha bringen, wenn ich am Ersten noch in Geyersbach bin. Wozu spielen darf ich nicht mehr. Von meiner Mutter drängt er mich fort. Was hab ich noch!“
„So ein häßlicher Kerl,“ sagte Anna. „Aber Ernst war der Ansicht, daß Anschütz's Verlangen noch lange kein Grund sei, den Kopf hängen zu lassen.“
„Du bist doch ein Mann, Jochen,“ sagte er. „Nur was man verlieren gibt, ist verlieren.“
„Wenn es doch aus ist!“ rief Jochen verzweifelt und trant sein Glas leer.
„Nein, nein, Better, so muß du nicht reden,“ fiel Anna ein. „Der Alte wird keinen Frühling mehr erleben, dann ist Martha frei und kann tun, was sie will.“
Jochen vernahm sie: „Was redest du da? Darf man einen Menschen auf den Tod eines anderen verdrößen?“
„Anna verteidigte sich: „Barum nicht! Es muß ja doch der eine immer auf den Tod des anderen warten, weil einer dem anderen Platz zu machen hat. Man braucht ja keinem Menschen den Tod zu wünschen.“
„Hoffe nur erst, dann wünschst du dich, — Nein, Jochen, weder ja, noch lo, Geh' weg von hier, arbeite, spare, spare jeden Pfennig, komm mit tausend baren Mark nach Hause und tritt dann vor den Altan hin, du wirst sehen, daß er mit sich reden läßt.“
Jochen legte die gefalteten Hände zwischen die Knie und beugte sich vor.
„Was sind dem tausend Mark! Er wird mir ins Gesicht lachen und glauben, ich hätte sie gestohlen.“
„Wer spricht hier vom Stehlen?“ fragte eine Stimme von der Tür her. „Hebrigens, guten Abend, zusammen.“
Es war Reinhold Beck, der sich zu den dreien gesellte und

die Unterhaltung verstummen machte. Er hatte einkehren müssen, weil er Mut brauchte.
„Wo kommt Ihr denn her am heiligen Abend?“ fragte Anna.
„Mein Brodher, der Tod, kummert sich den Teufel um heilige Abende. Der greift zu, ohne nach dem Kalender zu fragen.“
„Ihr kommt doch nicht etwa vom Friedhof?“
„Nein! Ich will erst dahin.“
„Diesen Abend noch? Was wollt Ihr denn dort?“
„Beck hat geheimnisvoll.“
„Beratung!“ — Kann vielleicht einen Kranken helfen.“
„Woh! mit irgend so 'nem Kumpel, wie er hier zu Hause ist?“ vernahm ihn Jochen. „Beck, Beck!“ — Er schüttelte miß- billigen den Kopf.
„Einen Nordhäuser, Frau Jochen, wenn Ihr so gut sein wollt,“ bat Beck.
„Mir auch einen,“ sagte Jochen.
Jochen mahnte: „Trink nicht mehr, Jochen. Es ist dir nicht gut.“ Aber Anna meinte, den einen Schnaps könne er schon noch vertragen, man solle den Jochen nicht bevoor- munden.
„Beck lobte sie: „Recht so, Frau Anna! Wenn es nach Guern Manne ging, würde der Schnaps als Medizin ver- schenkt.“
„Was er eigentlich auch sein sollte,“ rechtfertigte sich Ernst. „Aber Ihr trinkt ihn ja literweise, wenn Ihr im Zuge seid.“
„Er märrt, Jochen!“ Er märrt!“
„Und läßt vergehen,“ sagte Jochen hinaus.
„Auch das! Sichel! — Nicht schwepfern. Frau Jochen! Schade um jeden Tropfen.“ Er nahm kein Glas bebunam vom Tischtisch.
„Woh! bekommt,“ sagte Anna.
„Beck nippte. Jochen hippte das Glas leer.“
„Fein! Sichel! Gutes Tröpfchen,“ entsetzte Beck. „Dabei trauere er in meinen Rocktaschen.“ „Eure Mädchen wollten Brot gießen. — Wo hab ich bloß —“ Endlich hatte er gefunden, was er suchte. „Das Ich hab' ihnen ein Stückchen Blei von einem alten Kirchenfenster mitgebracht. Das ist das zuverlässigste.“ (Fortl. folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Reichspostämter entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. erschießt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Verlagspreis Nr. 224.

Amthliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 3 Holypennig, für außerhalb Wohnende 7 Holypennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Holypennig, im Reklameteil 30 Holypennig, einseitig, Unvollständiger, Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher redigiert.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbegehle.

Nr. 75.

Dienstag, den 24. Juni 1930.

33. Jahrg.

Die Hilfe für die Landwirtschaft

Deutscher Reichstag.

(180. Sitzung.)

OB. Berlin, 21. Juni.

Der Reichstag beschäftigte sich am Sonnabend in einer nur etwas über zwei Stunden dauernden Sitzung mit den Anträge der Deutschnationalen, der Christlichsozialen und der Kommunisten. Der Ausschuss hat aus allen diesen Anträgen einen eigenen Antrag gemacht, nach dem auch die sogenannten Fernemörder von dieser Amnestie betroffen werden sollen. Von Seiten der Kommunisten war eine allgemeine Amnestie gefordert worden, von der jedoch die Fernemörder ausgeschlossen werden sollten. Um diese Frage drehte sich hauptsächlich auch die ganze Debatte. Der Reichstagsminister Dr. Wedel wies unter dem Befehl der Mehrheit des Hauses darauf hin, daß man in erster Linie die Personen erfassen wolle, die lediglich in Verbeugung der deutschen Stellung am Rhein gehandelt hätten. Mit Rücksicht auf die schwache Wirkung des Hauses wollte man, trotzdem die Debatte zu Ende ging, sich aber noch nicht festlegen, zumal auch über die Frage entschieden werden soll, ob das Gesetz verfassungswidrigen Charakter hat. Man will darüber am Dienstag nachmittags zusammen mit den bisher bei den Etats zurückgestellten Bestimmungen entscheiden.

Das Hilfs- und Landwirtschaftsprogramm.

Berlin, 23. Juni.

Der Reichstag fand heute im Zeichen des Glanzes des Reichsernährungsministeriums. In einer großangelegten Rede legte hierbei der Reichsernährungsminister Schiele die Grundzüge seiner Politik dar, die im wesentlichen darauf gerichtet ist, den Roggenpreis über das Niveau des Futtergetreidepreises hinauszuheben und in höherem Maße als bisher den Roggen als Brotgetreide dem Konsum zuzuführen. Aber er wollte nicht den Landwirtschaftsminister, der heute auf 109 % stehe, an den Industrieindex mit 154 % vergleichen, vielmehr müsse man durch Senkung des Industrieindex und Steigerung des Landwirtschaftsindex den volkswirtschaftlich unumgänglichen Ausgleich schaffen. Dann erläuterte der Minister die Grundzüge des Hilfsprogramms, bei dem es sich nicht um Notationen oder Subventionen handle, sondern um Maßnahmen der nationalen und internationalen Lebenshilfe der ganzen Nation. In der Debatte über den Etat polemisierte dann der sozialdemokratische Redner Schmidt-Röbenig in scharfen Ausdrücken gegen die Politik des Ministers, während sich die bürgerlichen Redner für die Politik des Ministers ausprägten.

Sitzungsbericht.

(181. Sitzung.)

OB. Berlin, 23. Juni.

Präsident Eiche teilte zuerst mit, daß Dr. Rothemann von dem Amte des Finanzministers entbunden und der Reichsminister mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte betraut ist. Auf der Tagesordnung stand dann die zweite Beratung des

Sanitäts des Reichsernährungsministeriums, womit die Beratungen des Hilfsgesetzes, des Weingesetzes und des Milchgesetzes verbunden sind.

Reichsernährungsminister Schiele betonte zunächst, daß angesichts der Lage der ausländischen Landwirtschaft die Rettung für unsere Landwirtschaft nur in der eigenen Aktivität liege. Dem Roggenproblem müsse man, so lange der Roggen zum Futtergetreide degradiert ist, von der Futtermittelherstellung abkommen, der Roggen müsse wieder auf die Höhe der Bewertung als Brotgetreide gehoben werden. Infolge unseres Aufwuchsbedarfes an Weizen können wir der Landwirtschaft mit Hilfe der

früheren Anpannung des Vermarktungsprozesses und des erhöhten Schutzzollens einen ausreichenden Weizen liefern. Im kommenden Wirtschaftsjahre werden die Roggenvorräte aus alter Ernte insofern des öffentlichen Fortanges der Roggenverfütterung und der Steigerung des menschlichen Roggenverbrauchs nur noch etwa den normalen Umfang eines Monatsbedarfes entsprechen. Bei einer Ernte von 8 1/2 Millionen Tonnen würde die jährliche Unterbringung von anderthalb Millionen Tonnen Roggen notwendig werden. Der Minister kündigte eine

Propaganda-Aktion zur organischen Umstellung der Betriebe an. Zur Vermeidung der Ernteverluste erklärte er, es müsse angesichts des Preisrückgangs der Preise ein wesentlich erhöhter Zoll für Erbsen eingeführt werden. Eine frühe Organisation der landwirtschaftlichen Gewerbe und die

Ordnung der Speisefabrikationsbetriebe würden noch rechtzeitig vor der Ernte erfolgen. In der Wirtschaft seien der Regierung die Hände noch vollständig gebunden, weshalb die Regelung der mitteleuropäischen Ziele von der Regierung mit Nachdruck und verbindlich betrieben können.

werde. Der Minister gab dann Einzelheiten über das allgemeine Handelsabkommen bekannt, in dem u. a. die Möglichkeit eines spanischen Zinnsanlehens von Betrieben zur Verdrängung gewisser landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie einer Ermächtigung für die

Einführung des Lagerzinseszinses

vorgesehen seien. Des weiteren begrüßte der Minister den Beschluß des Ausschusses,

die Beratung des Hilfsgesetzes

mit der Behandlung des Sanitätsgesetzes zusammen zu ver-



und zur richtigen Lage der Dinge, weil sie in insbesondere in der Wiedervergütung der bürgerlichen Landwirtschaft möglichst, die Landwirtschaftsminister Schiele erläuterte, die Regierung, die die Besätze der Arbeitlosen verlässe, dürfe nicht Reichsmittel zur Erhöhung der Roggenpreise bewilligen. Die Hilfe dürfe einer eingehenden Ausföhrung. Die Sozialdemokratie lehne die Mittel für die Verherhaltung ab. Sie vermisste auch eine Begrenzung des Umfangs der Hilfe.

Die Weiteverluste im Rhein seien schmerzhaft zu bedauern, man müsse sich aber endlich damit abfinden. (Schärfte Lurche und Jute rechts: Niemand!) Abg. Berg (Zim.) begrüßt die Vorlegung des Hilfsgesetzes, das endlich eine einheitliche Wirtschaftspolitik ermöglichen solle. Die Hilfe sei eine der vornehmsten Aufgaben des deutschen Volkes. Das Hilfsgesetz werde hauptsächlich der angestrebten Mittel ganz erhebliche Zahlen auf. Seine Partei habe aber das ganze System nicht für richtig. Wenn man frange Betriebe durch Zurückhaltung am Leben erhalte, so sei damit nicht der Grund für das Frankwerden beseitigt. Richtiger wäre es, zunächst

die Befähigung der Betriebe zu vermindern. Stellen, die immer wieder geläubt werden müßten, sollte man endlich überflüssigen. Der Plan zwischen Finanzprogramm und Finanzprogramm bei der Berücksichtigung eine Verbindung herzustellen, müsse als unmoralisches Unterfangen und als unzulässige Zurechnung zurückgewiesen werden. Die fürchterliche Not der Landwirtschaft dürfe nicht als Druckmittel zur Genehmigung deutschnationaler Entwürfe für die Finanzgehe benutzt werden. (Aufstehen zurückweisen müsse er auch die Ausführungen des Abg. Schmidt-Röbenig, wonach wir uns mit der blutenden Wunde abfinden müßten. Abg. Schmidt-Röbenig (Zim.) dankt der Regierung für ihr tatkräftiges Handeln zugunsten der Landwirtschaft. Selbstpolitische Maßnahmen allein könnten das aber nicht helfen, vielmehr müsse man beim Abschluß von Handelsverträgen bedacht sein, die deutsche Landwirtschaft zu schützen. Sand in hand mit der Landwirtschaft müsse

die Selbsthilfe in der Landwirtschaft gehen. Besonders der Weg zum Erzeuger zum Verbraucher müsse verteidigt werden.

Abg. Günther (Z. Sp.) schildert

die anstrengende Arbeit in allen bürgerlichen Familien.

Trotz der großen Arbeitslosigkeit leide der bäuerliche Betrieb unter Ventemangel. Die Hoffnung des deutschen Bauern sei es, daß es dem Landwirtschaftsminister Schiele gelingen möge, sein Hilfsprogramm durchzuführen. Wer dem Kabinett Beratung die Möglichkeit nehme, verbindliche sich an der Landwirtschaft. Abg. Hepp (Chr.-Nat. Sp.) wachte auf

die Folgen der augenblicklich anstehenden Dürre

aufmerksam, durch die die Lage der Landwirtschaft noch verschärft werde. Der Redner wandte sich dann gegen den sanft über Vertrag mit Polen. Mit einem Entsch, der sich zu unehrlicher Übergriffe und Grenzverletzungen erlaube, dürfe man Handelsvertragsverhandlungen überhaupt nicht führen. Die Warnung zur Einschränkung des Roggenanbaus werde nur Erfolg haben, wenn der Weizenpreis hoch genug sei. Der Beistandungsvertrag müsse eingeführt und der Vermarktungsvertrag verlängert werden.

Abg. Lang (Z. Sp.) schilderte die Not der bürgerlichen Bauern. Nur das Genossenschaftswesen habe bisher große Kraftproben vertrieben. Sand in hand mit der Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte müsse eine Ermäßigung der Zinssätze geben.

Die Landtagswahlen in Sachsen

Das amtliche sächsische Wahlergebnis

Großer Gewinn der Nationalsozialisten.

Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen, die am verflorenen Sonntag stattfanden und ohne größere Zwischenfälle verlaufen sind, verteilen sich die Mandate wie folgt, wobei die eingekammerten Zahlen die Mandatszahlen im letzten Landtage angeben:

Sozialdemokraten 32 (33), Deutsche Volkspartei 13 (13), Kommunisten 13 (8), Landvolk 5 (5), Nationalsozialisten 14 (5), Demofraten 3 (4), Volksrechtspartei 2 (3), Alte Sozialdemokratische Partei 0 (2), Volkssationale Reichsvereinigung 2 (0), Kommunistische Opposition 0, Christlichsoziale 2.

Diese Mandatsverteilung ist auf Grund folgender abgegebenen Stimmen vorgenommen worden: Gesamtzahl der gültigen Stimmen 2 611 017 (2 702 183). Sozialdemokraten 571 327 (922 932), Deutsche Volkspartei 227 319 (368 382), Kommunisten 355 552 (345 530), Wirtschaftspartei 276 702 (304 884), Volkssationale Reichsvereinigung 120 497 (140 611), Nationalsozialisten 376 724 (133 958), Demofraten 83 671 (105 289), Volksrechtspartei 44 142 (70 131), Alte Sozialdemokratische Partei 19 197 (39 568), Volkssationale Reichsvereinigung 39 153 (—), kommunistische Opposition 14 827 (22 129), Christlichsoziale 57 408 (—).

Für die Einberufung des neuverwählten Landtages ist noch kein bestimmter Termin bekannt. Erst nach Aufammentritt des neuen Parlamentes werden über die Regierungsbildung Beratungen aufgenommen werden können.

SOZIALDEMOKRATEN	32
KOMMUNISTEN	13
ALTSOZIALISTEN	5
KOMMUNIST. OPPOSITION	0
NATIONALSOZIALISTEN	14
DEUTSCHE VOLKS-P.	13
WIRTSCHAFTS-P.	14
DEUTSCHNATIONALE	3
LANDVOLK	5
DEMOKRATEN	4
VOLKSRECHTS-PARTEI	2
VOLKS-NAT.-REICHS.-P.	0
CHRISTL.-SOZ.-VOLKSDIENST	2

Die Gewinn- und Verlustrechnung der Landtagswahlen. Die Zahlen geben die Zahlen der Mandate an: s c h w a r z Ergebnis der Wahlen vom 22. Juni — w e i ß — bisherige Fraktionsstärken auf Grund der Wahlen vom 12. Mai vorigen Jahres.